

# Übersichten

Februar 2004

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Tautziehen um Worte und wenig Fortschritt in der zweiten Runde der Nordkorea-Gespräche in Beijing

China hatte diplomatisch viel in die Vorbereitung und Durchführung der zweiten Runde der Sechs-Parteien-Gespräche zur Lösung der so genannten nordkoreanischen Nuklearwaffenkrise in Beijing in den letzten Februar Tagen investiert. Als Erfolg mag bereits gelten, dass Beijing es mit seinen diplomatischen Anstrengungen in bilateralen Verhandlungen überhaupt geschafft hatte, die Parteien – insbesondere die Opponenten USA und Nordkorea – wieder an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zu bringen. Selbst die Aussichten dafür waren nach dem Verstreichen des ursprünglich nach der ersten Verhandlungsrunde anvisierten Gesprächstermins lange nicht gut gewesen. Mit ihrem zähen Engagement trotz verhärteter Positionen der Hauptkontrahenten erwarb sich die chinesische Regierung hier – erstmals in der Rolle eines aktiven Mediators – durchaus Achtung auf der Bühne der internationalen Politik.

Als Erfolg kann auch verbucht werden, den Dialog überhaupt weiter befördert zu haben. Gemessen an ihren eigenen Maßstäben musste die VR China jedoch eingestehen, dass die Gespräche nicht so erfolgreich verliefen wie erhofft. Insbesondere die chinesische Hoffnung auf und ihr Ringen um ein gemeinsames Abschlussdokument als handfester Beweis nicht zuletzt chinesischer Vermittlertätigkeit wurde enttäuscht. Weil die Delegation der Demokratischen Volksrepublik Korea nach Abschluss der Gespräche und einer Einigung über ein gemeinsames Dokument zusätzlich die Aufnahme eines Passus wünschte, in dem das Fortbestehen von Meinungs-differenzen dokumentiert werden sollte, die anderen Delegationen dazu jedoch nicht bereit oder – wie es seitens des chinesischen Außenministeriums später hieß – zeitlich nicht in der Lage dazu waren, die Zustimmung ihrer jeweiligen Regierungen einzuholen, konnte die zweite Runde der Sechs-Parteien-Gespräche nicht mit der Unterzeichnung eines gemeinsamen Dokumentes gekrönt werden. Stattdessen einigte man sich – ohne Unterschrift – auf eine Erklärung des chinesischen Gastgebers und Moderators der Gespräche.

In dieser vom stellvertretenden chinesischen Außenminister Wang Yi in seiner Rolle als Leiter der Gespräche vorgestellten Erklärung ist zwar ein Hinweis auf weiterhin bestehende Differenzen zwischen den Gesprächsparteien enthalten. Unklar blieb jedoch, ob dieser Passus dem Wunsche Nordkoreas entspricht oder eine darüber hinausgehende Wortwahl auf Drängen der anderen Delegationen auch hier nicht berücksichtigt wurde. Im Rahmen einer Pressekonferenz bezeichnete Wang Yi seine Abschlusserklärung als inhaltsgleich mit dem zunächst für ein gemeinsames Abschlussdokument erreichten Konsenz. Letztendlich muss wohl doch davon ausgegangen werden, dass die nordkoreanische Delegation beim Versuch nachzukarten zu hoch gepokert und das allgemeine Interesse am Zustandekommen eines Abschlusskommuniqués überschätzt hatte.

Als Ergebnis der Gesprächsrunde benannte Wang Yi in seiner Erklärung

1. die Erweiterung des gegenseitigen Verständnisses für die jeweils anderen Positionen,
2. den Willen zur Fortsetzung des Gesprächsprozesses und die prinzipielle Zustimmung zu einer dritten Gesprächsrunde in Beijing vor Ende Juni 2004 sowie
3. die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Folgegespräche.

In einer Pressekonferenz nach Abschluss der Gespräche am 28. Februar erklärte Wang, es sei als ein Erfolg anzusehen, dass die beteiligten Parteien sich in dieser zweiten Gesprächsrunde im Hinblick auf deren Format offener und flexibler gezeigt hätten. Auf den Inhalt der Gespräche, der nur spärlich in die Öffentlichkeit durchgesickert war, ging Wang ebenfalls ein. Erhebliche Differenzen der Standpunkte beständen danach weiter und seien ganz wesentlich auf den Mangel an Vertrauen zwischen den Hauptparteien zurückzuführen.

Wang Yi zufolge waren es drei Themenkreise, die die Diskussionen bestimmt hatten. Zunächst habe Nordkorea seine Bereitschaft verdeutlicht, sein Kernwaffenprogramm aufzugeben, sofern die USA ihrerseits von ihrer feindlichen Politik dem Land gegenüber abrückten. Die USA, so Wang weiter, hätten im Gegenzug ausgeführt, sie beabsichtigten weder eine militärische Besetzung oder einen Angriff auf Nordkorea noch einen Regimewechsel herbeizuführen. Die Vereinigten Staaten hätten dann ihre Forderung bekräftigt, Nordkorea müsse alle seine Atomprogramme vollständig beenden, und dies in einer nachprüfbar und unwiderruflichen Weise.

Nordkorea stellte dieser amerikanischen Maximalforderung den Vorschlag gegenüber, auf dem Weg zur völligen Aufgabe der atomaren Rüstungspläne zunächst sein Atomwaffenprogramm einzufrieren. Dafür erwarte man jedoch von den USA und den anderen beteiligten Parteien Gegenleistungen unterschiedlicher Art. In erster Linie sind es jedoch Sicherheitsgarantien, die von den Vereinigten Staaten gefordert werden. Auf diesen Vorschlag eingehend, hätten auf Initiative Südkoreas auch China und Russland im Gegenzug für einen derartigen Schritt Nordkoreas Energielieferungen

zur Unterstützung des Landes in Aussicht gestellt. Auch die Diskussion dieses von Wang Yi als zweiter Themenkomplex bezeichneten Vorschlags endete ergebnislos. Den Ausschlag dürfte die harte und offensichtlich auch nach Abschluss der Gespräche unveränderte Position der USA gegeben haben. Aber auch mit den anderen Beteiligten konnte sich die nordkoreanische Delegation nicht auf hinreichende Instrumentarien der Überprüfung des Einfrierens des atomaren Rüstungsprogramms sowie weiterer Schritte als Voraussetzung für Energiehilfen einigen. Da Nordkorea also offenbar grundsätzlich zum Verzicht auf Kernwaffen bereit zu sein scheint, jedoch eine Lösung nur nach dem Prinzip der Leistung und simultanen Gegenleistung anstrebt, beschreiben diese beiden Positionen auch den in dieser zweiten Gesprächsrunde weiterhin nicht lösbaren Grunddissens zwischen den beiden Hauptakteuren.

Als den dritten Themenkreis der Gespräche bezeichnete Wang Yi die Diskussion und abschließende Einigung über die Fortführung der Gesprächsrunden – der einzig vorzeigbare Erfolg der zweiten Verhandlungsrunde. Zur Rolle Chinas in den Verhandlungen führte Wang explizit aus, sein Land habe keineswegs nur Plattform und Ort für die Gespräche bereitgestellt. Vielmehr habe die Regierung der Volksrepublik China eine sehr aktive Teilnehmerrolle übernommen. Ihr sei es letztlich zu verdanken, dass die Parteien von einer versöhnlichen Haltung überzeugt und die Gespräche erleichtert wurden.

Wie es allerdings weitergehen soll, steht in den Sternen, ist doch unmittelbar nach dem Ende der Verhandlungen die Verhärtung der Positionen auf amerikanischer und nordkoreanischer Seite sehr deutlich geworden. Dabei zogen die Vereinigten Staaten ob ihrer unnachgiebigen und kompromisslosen Haltung nicht nur Kritik aus Nordkorea auf sich. So wird China wiederum viel diplomatische Überzeugungsarbeit insbesondere in Nordkorea leisten müssen, um den Gesprächsprozess in Gang zu halten und termingerecht die dritte Verhandlungsrunde einzuleiten. Schließlich war aus dem Außenministerium der Demokratischen Volksrepublik Korea unmittelbar nach Beendi-

gung der Gespräche in Beijing zu vernehmen, die Lösung der atomaren Frage und die Einrichtung einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel hänge ausschließlich von der Haltung der USA ab. Im Übrigen sei es schwer vorstellbar, dass weitere Gespräche in dieser Sache überhaupt hilfreich sein könnten. (XNA, 24., 26., 27., 28.2.04; Xinhua, 24.2.04, nach BBC PF, 25.2.04; CCTV4, 28.2.04, nach BBC PF, 29.2.04; CCTV4, 28.2.04, nach BBC PF, 1.3.04; Kyodo News Service online, 19.2.04, nach BBC PF, 21.2.04; Kyodo News Service online, 28.2.04, nach BBC PF, 29.2.04; Central Broadcasting Station Pyongyang, 29.2.04, nach BBC PF, 1.3.04; ST, 28.2.04; FAZ, 27.2.04; FT, 25.2., 27.2.04; NZZ, 21./22., 24.2., 25.2., 26.2., 27.2.04; HB, 25.2., 27./28.2.04) -kg-

## 2 USA gegen Taiwan-Referendum

Die chinesische Regierung zeigte sich in der ersten Februarhälfte über die Verurteilung der US-Regierung bezüglich der Pläne des taiwanischen Präsidenten für eine Volksbefragung erfreut. Allerdings hatten die USA das geplante Referendum keinesfalls verurteilt. Der Stellvertretende US-Außenminister Armitage hatte am 30. Januar in Beijing lediglich gesagt, die geplante Volksbefragung werfe einige Fragen auf und lasse Zweifel an den Motiven der Initiatoren (i.e. Chen Shuibian) des Referendums aufkommen. Diese Stellungnahme, verbunden mit dem Hinweis darauf, die USA studierten noch den Wortlaut des Referendums, bezog sich auf eine von Chen abgeänderte Fassung der Referendumsfragen.

Dem Vernehmen nach sollen die taiwanischen Wähler am 20. März anlässlich der Präsidentschaftswahlen nunmehr nur noch gefragt werden, ob sie 1. eine Erhöhung der Militärausgaben befürworteten, sofern China nicht die auf Taiwan zielenden Raketen abziehe, und 2. ob sie Verhandlungen mit Beijing begrüßten. Während China darin – also allein in der Durchführung einer Volksbefragung auf Taiwan – einen provokativen Akt erkennt, der einen Präzedenzfall für ein eventuelles zukünftiges Referendum über

den Status und eine mögliche für Beijing inakzeptable Souveränität Taiwans setzen könnte, blieb auch der amerikanische Außenminister Powell zunächst bei einer gemäßigten Stellungnahme. Am 10. Februar erklärte er vor der Kommission für Internationale Beziehungen des Repräsentantenhauses, die US-Regierung könne für ein Referendum in Taiwan keine Notwendigkeit erkennen. Eine neue Nuance war jedoch die folgende Erklärung, man wünsche in Washington nicht, dass derartige Handlungen zu einer Veränderung des Status quo beiderseits der Taiwan-Straße führten und habe dies Taiwan gegenüber deutlich zum Ausdruck gebracht.

Offensichtlich nicht zuletzt unter dem Druck aus Beijing rang man sich in der US-Regierung zu der Interpretation der VR China durch, wonach von der Durchführung des Referendums Gefahren für den Status quo ausgingen. Die chinesische Regierung war Armitage gegenüber in dieser Sache vorstellig geworden und hatte zusätzlich Anfang Februar eine Delegation nach Washington entsandt, um – ein Novum der chinesischen Politik – von dort aus den Druck auf Taiwan erhöhen zu lassen. Die offizielle Einschätzung der USA, vorgetragen durch Colin Powell, traf auf chinesischer Seite auf Beifall und Genugtuung, gibt sie doch der chinesischen Regierung die Gelegenheit, selbst größere Zurückhaltung zu üben, den Druck auf Taiwan selbst nicht zu vergrößern, um so nicht zum Steigbügelhalter Chen Shuibians in seinem Bemühen um Wiederwahl ins Präsidentenamt zu werden.

Als reines Wahlkampfmanöver tat die chinesische Regierung nach einer mehrtägigen Funkstille auch die Vorschläge ab, die Chen Shuibian Anfang Februar zur Verbesserung der Lage zwischen China und Taiwan öffentlich gemacht hatte. Chen hatte darin die Einrichtung einer demilitarisierten Zone beiderseits der Taiwan-Straße und die gegenseitige Zusicherung des Verzichts auf Gewalt ange-regt. Darüber hinaus schlug er die Einrichtung von Verbindungsbüros sowie die Entsendung von Sondergesandten beider Regierungen vor, die die Verhandlungen zwischen Taiwan und China wieder in Gang bringen sollten. Bereits im Hinblick auf den Austausch von Regierungsdelegationen, in jedem

Fall aber mit der in dem Bündel der Vorschläge ebenfalls enthaltenen Vorstellung, beide Seiten sollten gegenseitig ihre Souveränität anerkennen, musste Chen klar sein, dass auch diese neuerliche verbale Initiative des taiwanischen Präsidenten für die VR China völlig inakzeptabel sein muss. Auch internationale Beobachter schlossen sich in ihrer Kommentierung daher der Einschätzung des chinesischen Außenministeriums an, es handle sich bei Chens Vorschlägen nicht um einen ernst zu nehmenden Vorstoß, sondern vielmehr um den Versuch, ihn beim taiwanischen Wähler weniger hart gegenüber der VR China erscheinen zu lassen. (XNA, 3.2., 12.2.04; IHT, 5.2., 6.2.04; FAZ, 4.2.04; WSJ, 3.2., 9.2., 12.2., 25.2.04; ST, 5.2., 12.2.04) -kg-

### 3 Alle Jahre wieder: Thema Menschenrechte

Fast schon Tradition in den bilateralen Beziehungen der VR China und den USA hat auch in diesem Jahr Ende Februar, Anfang März der übliche Schlagabtausch im Hinblick auf die Lage der Menschenrechte in beiden Staaten, der sich noch bis zum Abschluss der Jahressitzung der UN-Menschenrechtskommission fortsetzen wird. Wie in jedem Jahr war auch diesmal der jährliche Menschenrechtsbericht des amerikanischen Außenministeriums der erste Streich im ritualisierten Schlagabtausch zwischen beiden Ländern. Darin wird die Menschenrechtssituation in 190 Staaten weltweit beurteilt, nicht jedoch die im eigenen Land.

Die VR China steht in der Kritik der Verfasser des Berichts aus dem amerikanischen Außenministerium, da unter anderem die Verhaftungen von demokratischen Dissidenten und Aktivisten für das Recht auf freie Meinungsäußerung als Zeichen einer neuerlichen Abkehr von dem im Jahr 2002 eingeschlagenen Weg der Verbesserung der Menschenrechtssituation gewertet werden müssten, dass auch die erkennbaren Fortschritte in der Menschenrechtsfrage wieder infrage gestellt würden. Man sei daher besorgt über die chinesischen Rückschläge, so der Bericht. Im Hinblick auf den Irak und Afghanistan wurden jedoch – erwartungsgemäß – deutliche Fortschrit-

te bei der Verbesserung der Menschenrechtssituation konstatiert.

Von chinesischer Seite wurde der amerikanische Bericht als solcher kritisiert. Die USA maßen sich, so das chinesische Außenministerium, in illegitimer Weise an, als Weltpolizist der Menschenrechte zu fungieren. Dabei legten sie traditionell doppelte Maßstäbe an, insbesondere durch die unterlassene Evaluierung der Menschenrechte im eigenen Land. China fordere daher die Vereinigten Staaten zur Unterlassung dieser Praxis und einen vollständigen Verzicht auf den jährlichen Menschenrechtsbericht auf.

Im Hinblick auf die amerikanische Einschätzung der Menschenrechtssituation in China, so eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums auf einer Pressekonferenz, sei der Bericht durch eine Verdrehung der Tatsachen und ebenso unbegründete wie unberechtigte Kritik gekennzeichnet. Im Gegenteil habe die chinesische Regierung die Verbesserung der Menschenrechtssituation als Ziel gesetzt. Die signifikanten Fortschritte, die das Land hierbei bereits gemacht habe, würden weltweit anerkannt.

Da die USA es nach wie vor versäumt hätten, die Lage der Menschenrechte im eigenen Land zu untersuchen und die lang bekannten Missstände und eigenen Menschenrechtsprobleme zu dokumentieren, habe China, so die offizielle Stellungnahme, die Aufgabe übernommen, den Vereinigten Staaten bei der Dokumentation deren Menschenrechtssituation zu helfen. Im fünften Jahr in Folge veröffentlichte die chinesische Regierung Ende Februar nun ihren Bericht über die USA.

An prominenter Stelle sind hierin die Gräueltaten der Kriege in Afghanistan und im Irak aufgelistet. Seit die USA den Krieg gegen den Irak entfacht hätten, so der chinesische Bericht, hätten dort 16.000 Iraker, darunter 10.000 Zivilisten, ihr Leben verloren. Weiter werden die Vereinigten Staaten als der große militärische Hegemon skizziert, heißt es in dem Bericht doch weiter, 364.000 US-Soldaten seien in nicht weniger als 130 Ländern stationiert. Mit einem Militärhaushalt von 400 Mrd. US\$ gäben die Vereinigten Staaten für ihre Verteidigung mehr als der Rest der Welt gemeinsam aus. Hinzu käme die Tatsache, dass die USA auch der

größte Exporteur von Waffen sei – ein Seitenhieb auf die US-Kritik an chinesischen Waffengeschäften. Auch die USA selbst seien mit der höchsten Zahl von Waffen in Privatbesitz einer der gewalttätigsten Orte der Welt. Neben diesen immer wiederkehrenden Kritikpunkten wird in dem chinesischen Bericht jedoch auch explizit auf den so genannten US Patriot Act eingegangen, der die US-Regierung im Namen der nationalen Sicherheit und der Bekämpfung des Terrorismus dazu ermächtigt, die Rechte und Freiheiten der Bürger zu verletzen. Letztlich trafen diese Maßnahmen insbesondere Minderheiten.

Mehr als über die Kritik an China im Bericht des amerikanischen Außenministeriums, der zwar tendenziell dem Ansehen der Volksrepublik, nicht jedoch den bilateralen Beziehungen schadet, zeigte man sich in Beijing verärgert über einen möglicherweise von den USA auf der UN-Menschenrechtskonferenz einzubringenden Resolutionsentwurf, mit dem China für die Verletzung der Menschenrechte verurteilt werden soll. Die Möglichkeit eines solchen Schrittes durch die Regierung Bush waren Mitte Februar bekannt geworden und lösten prompte Reaktion auf chinesischer Seite aus. Unmittelbar danach appellierte die chinesische Regierung öffentlich an die USA, von derartigen Plänen Abstand zu nehmen. Die Regierung Bush wurde aufgefordert, besser „dreimal darüber nachzudenken“, den Disput konstruktiv zu behandeln und die stabile Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu schützen. Letztlich erwies sich jedoch, dass in der US-Regierung das Interesse an einer positiven Entwicklung der bilateralen und internationalen Kooperation mit der VR China den Wunsch einiger Gruppen nach einer moralisch begründeten Kritik an China deutlich überwiegt. So wird die Menschenrechtssituation in China auch auf der diesjährigen UN-Menschenrechtskonferenz nicht Thema der Diskussion sein. Vielmehr wird man sich ausgiebig dem Spannungsfeld Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte widmen, das durch die Bombenattentate von Madrid am 11. März neue Brisanz erhielt. (XNA, 26.2., 27.2.04; WSJ, 13.2., 26.2.04; NZZ, 27.2.04; ST, 2.3.04; Deutschland Radio, 15.3.04) -kg-

#### 4 Ende des EU-Waffenembargos nur eine Frage der Zeit?

War der französische Präsident Jacques Chirac Ende Januar für seine im Zuge des Besuchs Hu Jintaos in Paris lautstark vorgetragene Forderung nach einer Beendigung des nach der Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung im Jahr 1989 von der Europäischen Union gegen China verhängten Waffenembargos sowohl in Frankreich selbst als auch seitens der Regierungen Großbritanniens und der USA kritisiert worden, so scheint innerhalb der EU auf politischer Ebene die Analyse Chiracs und anderer (vgl. C.a., 2004/1, Ü 3), das Embargo sei inzwischen unzeitgemäß geworden, zunehmend konsenzfähig.

War aus dem Weißen Haus zu hören gewesen, die Handelssperren der USA und der EU ergänzten sich und seien im Hinblick auf eine auch heute keineswegs zufrieden stellende Lage der Menschenrechte in der VR China weiterhin sinnvoll, so scheint es sich bei den Bedenken Großbritanniens und anderer europäischer Staaten gegen eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China nur noch um Rückzugsgefechte zu handeln. So hatten die versammelten Außenminister der Europäischen Union im Rahmen ihres Ministertreffens Ende Januar zwar noch keine Entscheidung getroffen. Es wurden jedoch beim Europarat angesiedelte Arbeitsgruppen mit der Überprüfung und Berichterstattung betraut.

Während China seit langer Zeit heftig gegen das Embargo argumentiert, ließ zuletzt eine diesbezügliche Äußerung Javier Solanas am 11. Februar 2004 aufhorchen. Dieser sagte nach chinesischer Darstellung, die Diskussionen in der EU über die Aufhebung des Embargos befänden sich auf der richtigen Bahn, er könne gegenwärtig jedoch noch kein exaktes Datum für diese Maßnahme nennen. Das chinesische Außenministerium jedenfalls zeigte sich erfreut über diese Stellungnahme, die zu implizieren scheint, die Aufhebung des Verbots von Waffenlieferungen aus Staaten der Europäischen Union an China sei nur noch eine Frage der Zeit. Denn schließlich bestehe – das wurde in der ersten Februarhälfte auf einer europäisch-chinesischen Arbeitskonferenz mit mehr

als 200 Teilnehmern aus 28 chinesischen Ministerien und mit Referenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates einmütig bekundet – ein breiter Konsens im Hinblick auf die Stärkung der so genannten umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China. (FT, 2.2.04; FAZ, 28.1., 30.1.04; XNA, 11.2., 12.2.04) -kg-

#### 5 Nun auch EU-Segen für chinesischen Tourismus

Begonnen hatte der Prozess, der nun im Februar in Beijing mit der Ratifizierung eines Memorandum of Understanding zwischen der Europäischen Union und der VR China abgeschlossen werden konnte, bereits vor mehr als einem halben Jahrzehnt. Bereits Ende des letzten Jahrhunderts waren bilaterale Verhandlungen zwischen individuellen Mitgliedsstaaten der EU und China aufgenommen worden, um visarechtliche Möglichkeiten für einen chinesischen Gruppentourismus in diese Länder zu schaffen. So hatte Deutschland in einer bilateralen Vereinbarung unterhalb der zwischenstaatlichen Ebene bereits im Juni 2002 die Tore für chinesische Gruppen geöffnet und im Gegenzug – rechtliche Voraussetzung auf chinesischer Seite – seitens der VR China den so genannten Approved Destination Status erhalten (vgl. C.a., 2002/6, Ü 5).

Bereits damals war bekannt geworden, dass auch die Europäische Union vor dem Hintergrund der rechtlichen und politischen Harmonisierung an einer Regelung interessiert war, die Gültigkeit für alle EU-Mitgliedsstaaten besitzen sollte. Dieses Ziel wurde jedoch auch mit dem nunmehr auf EU-Seite von dem Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten und ehemaligen britischen Gouverneur von Hongkong, Chris Patten, in Beijing unterzeichnete „Tourismusabkommen“ letztlich nicht erreicht. So werden die Regelungen des mit der chinesischen staatlichen Tourismusbehörde (CNTA) ausgehandelten Memorandums zur einheitlichen Vereinfachung der Visaerteilung für Gruppenreisen (mind. fünf Personen) zukünftig nur chinesische Gruppenreisen in die EU-Länder Deutschland, Österreich, Belgien, Luxemburg,

Finnland, Schweden, Frankreich, Niederlande, Griechenland, Italien, Spanien und Portugal gelten, mit denen China wie im Falle Deutschlands schon entsprechende bilaterale Vereinbarungen unterzeichnet hatte. Durch die Absenz Dänemarks konnte letztlich nicht einmal für den gesamten Schengen-Raum eine Harmonisierung herbeigeführt werden, von Großbritannien ganz zu schweigen. Insbesondere in diesen beiden Staaten überwog offensichtlich die Furcht vor illegaler Einwanderung vor den Aussichten auf Tourismuseinnahmen, obwohl die nun unterzeichnete Vereinbarung eine Öffnung ausschließlich für Gruppenreisen, vermittelt von ausgewählten Reisebüros in China, sowie auch einen Passus über die Rückführung offiziell eingereister Touristen (aber eben nur solcher), die ihre Visa überziehen, beinhaltet.

Mit dieser Vereinbarung auf EU-Ebene wird einer Entwicklung Rechnung getragen, die nicht zuletzt den Wandel Chinas vom Entwicklungsland egalitärer Armut hin zu einem in Teilen hochentwickelten Land mit wachsender internationaler Kaufkraft auch in privater Hand reflektiert. Wachsender Wohlstand relevanter Teile der chinesischen Bevölkerung macht sich seit einigen Jahren so auch in einer wachsenden Nachfrage nach touristischen Auslandsreisen bemerkbar. So betrug die Zahl der chinesischen Staatsbürger, die im Jahr 2003 ausschließlich zu touristischen eine der inzwischen 59 dafür von chinesischer Seite offiziell freigegebenen Staaten und Regionen (28 davon nur im Rahmen von organisierten Gruppenreisen) besuchten, immerhin schon 20 Millionen. Schenkt man den Einschätzungen der Welttourismusorganisation Glauben, so ist bis zum Jahr 2020 mit einer Verfünffachung dieser Zahl chinesischer Auslandsreisenden zu rechnen.

Bislang steht Europa jedoch nicht an höchster Stelle in der Gunst chinesischer Touristen. Nur einer von zwanzig Chinesen, die im Jahr 2002 ins Ausland reisten, besuchte auch ein EU-Land (ca. 645.000), während mehr als doppelt so viele Europäer im selben Jahr China bereisten. Das soll sich nicht nur nach den Wünschen europäischer Tourismusmanager bald ändern. So betonte Chris Patten anlässlich der Unterzeichnung des Memorandum

dums in Beijing die politische Dimension der Tourismusförderung: „Human contacts really do make a difference and I believe this new agreement will help Europe and China to understand each other better.“ (ST, 13.2.04) Allgemein wird davon ausgegangen, dass die getroffene Vereinbarung bereits vor Sommerbeginn in Kraft treten und mit Leben erfüllt werden kann. (XNA, 12.2.04; NZZ, 13.2.04; ST, 13.2.04) -kg-

## 6 Chinesische Diplomaten zurück im Irak

Am 16. Februar bezogen sieben chinesische Diplomaten des Außen- und des Handelsministeriums, geschützt von sechs Sicherheitskräften, Hotelräume in Bagdad. Unter der Leitung von Sun Bigan, ehemaliger chinesischer Botschafter im Irak und gegenwärtig Charge d’Affairs, reiste die Gruppe aus Jordanien an, um die Wiedereröffnung der chinesischen diplomatischen Vertretung in Bagdad vorzubereiten. Diese war im März 2003 unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges im Irak aufgegeben worden.

Da auch das chinesische Botschaftsgebäude Ziel von Plünderungen und Zerstörungen nach Beendigung des von den USA angeführten Krieges gegen den Irak geworden war, ist es zunächst die Aufgabe der Diplomaten, für eine Übergangszeit bis zur Wiederherstellung der Räume und Einrichtungen für ihre Arbeit provisorische Räume anzumieten. Neben konsularischen Angelegenheiten stehen politische Gespräche mit Vertretern des irakischen Übergangsrats sowie mit Vertretern von UN-Organisationen in Bagdad auf dem Programm. Ein wichtiges Anliegen Chinas ist es, chinesische Unternehmen darin zu unterstützen, angemessen an den Anstrengungen zum Wiederaufbau des Iraks teilzuhaben. Im chinesischen Außenministerium hieß es hierzu, man messe dem Nachkriegsaufbau im Irak große Bedeutung bei und erwarte eine verstärkte Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft in dieser Sache. Auch diese Äußerung dürfte Beleg für die allgemeine chinesische Position sein, den Vereinten Nationen in der Irak-Frage die Federführung zu übertragen.

Bereits Anfang Februar war in einer Pressekonferenz des chinesischen Außenministeriums erklärt worden, die VR China habe sich grundsätzlich für einen Erlass der irakischen Vorkriegsschulden entschieden. Man sei jedoch gegenwärtig noch damit beschäftigt, die Höhe der Schulden zu kalkulieren und diese zu bewerten. Einen Schuldenerlass für den Irak hatte Ministerpräsident Wen Jiabao erstmals im Dezember 2003 gegenüber US-Sonderbotschafter James Baker in Aussicht gestellt. (XNA, 5.2., 10.2., 16.2., 25.2.04) -kg-

## 7 China verurteilt „Israelische Mauer“

Die chinesische Regierung kritisierte die Pläne Israels für die Errichtung einer Trennungsmauer auf dem Territorium der palästinensischen Autonomiegebiete. Diese Maßnahme, so hieß es im chinesischen Außenministerium, werde keinesfalls zu einer fundamentalen Verbesserung der israelischen Sicherheitslage führen, andererseits jedoch mit Sicherheit die Widersprüche und das gegenseitige Misstrauen zwischen Israelis und Palästinensern stärken. Der von Israel beschlossene Mauerbau werde den gesamten Friedensprozess im Nahen Osten beschädigen, weshalb China sich strikt dagegen ausspreche, so die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums Zhang Qiyue in einer Pressekonferenz.

China unterstütze daher den Beschluss der Vollversammlung der Vereinten Nationen, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zwecks Stellungnahme anzurufen. Bei der Frage, die der Internationale Gerichtshof laut UN-Beschluss zu klären hatte, ging es jedoch nur um die rechtliche Würdigung der Tatsache, dass Israel die Mauer auf palästinensischem Gebiet errichtet. Eine darüber hinausgehende Beurteilung des Mauerbaus an sich war nicht vorgesehen. Im Übrigen solle der israelisch-palästinensische Konflikt, so das chinesische Außenministerium, auf der Basis der relevanten UN-Resolutionen durch politische Verhandlungen gelöst werden. Einen anderen Erfolg versprechenden Weg gebe es nicht. (XNA, 19.2., 23.2., 25.2.04; Xinhua, 19.2.04, nach BBC PF, 20.2.04) -kg-

## 8 Was bietet Gabun?

Als erster Besuch eines chinesischen Staatsoberhauptes seit 30 Jahren wurde in chinesischen Quellen die Reise Hu Jintaos nach Gabun in den ersten Februartagen bezeichnet. Mit anderen Worten: Seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und dem heute 1,3 Millionen Einwohner zählenden westafrikanischen Staat hatte kein chinesischer Präsident Gabun seines Besuches würdig erachtet. In umgekehrter Richtung gab es immerhin acht Chinabesuche eines gabunischen Präsidenten.

Die in den Reden chinesischer Politiker üblichen Beispiele für die Qualität der bilateralen Beziehungen zeigten im Hinblick auf Gabun denn auch die große Mühe, die hier aufgewendet werden musste, um überhaupt entsprechende Aussagen treffen zu können. Da wurde schon mal Zhou Enlai bemüht, der vor 40 Jahren Afrika bereist und damit schon damals die enge Verbundenheit Chinas mit dem afrikanischen Kontinent bekundet habe – ohne allerdings die Verbindung mit Gabun herstellen zu können. Und auch auf wirtschaftlichem Gebiet bemühte man sich die – an sich geringe – Bedeutung Gabuns für China zu unterstreichen: Das Land sei der zweitgrößte Handelspartner der VR China im zentralen und westlichen Afrika, meldete die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua. Das Volumen des bilateralen Handels betrug im Jahr 2003 allerdings lediglich 300 Mio US\$.

Auch jetzt ist Interesse Hus und Tang Jiaxuans, der ihn begleitete, kaum mit dem dreißigjährigen Bestehen der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern erklärbar, und auch ein konkreter politischer Anlass war nicht erkennbar. Trotz des geringen bilateralen Handelsvolumens dürften es in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen Chinas sein, die zu diesem Staatsbesuch geführt haben. Sowohl in seiner Rede vor dem Parlament des Gastlandes als auch gegenüber dem Präsidenten des Landes, El Hadj Omar Bongo Ondimba, verwies Hu Jintao auf die reichen natürlichen Ressourcen des afrikanischen Kontinents und die hochgradige Komplementarität der chinesischen und der gabunischen Volkswirtschaften.

Zwar tritt China in Kontinuität seiner Außenpolitik nach wie vor als Freund und einflussreicher Fürsprecher des afrikanischen Kontinents auf, doch hat sich das Verhältnis deutlich gewandelt. Das chinesische Interesse an den Staaten Schwarzafrikas gilt heute in erster Linie der Sicherung von Rohstoffen für die chinesische Wirtschaft. Die von Hu betonte Komplementarität auf wirtschaftlichem Gebiet manifestiert sich denn auch in den gabunischen Ölvorkommen (Hauptexportprodukt und -einnahmequelle des Landes) einerseits und der Notwendigkeit der langfristigen Versorgungssicherung für die chinesische Wirtschaft auf der anderen Seite. Darüber hinaus kann Gabun mit weiteren Rohstoffen wie Holz und Manganerz aufwarten, die China bereits in größerem Umfang aus dem afrikanischen Staat bezieht. Nur noch wenig unterscheidet die gabunisch-chinesische Kooperation im wirtschaftlichen Bereich von dem klassischen Modell des Verhältnisses zwischen rohstofflieferndem Entwicklungsland auf der einen und Industrieland auf der anderen Seite. China liefert an Gabun Textilien, elektromechanische Güter sowie Haushaltsgeräte.

Die zukünftige Zusammenarbeit, so war man sich einig, solle in erster Linie auf den Gebieten Infrastrukturentwicklung, Landwirtschaft, Ausbeutung von Bodenschätzen und beruflicher Ausbildung intensiviert werden und zum beiderseitigen Nutzen erfolgen. Unter den drei Handelsvereinbarungen, die von Hu Jintao und seinem Gastgeber während des Staatsbesuchs unterzeichnet wurden, befand sich denn erwartungsgemäß auch eine über die Ausbeutung von Ölvorkommen.

In der Politik wurden – ebenfalls erwartungsgemäß – keine neuen Akzente gesetzt. Hu wiederholte lediglich die chinesischen Argumente für eine verstärkte Kooperation zwischen seinem Land und dem afrikanischen Kontinent in politischen Fragen (vgl. C.a., 2003/12, Ü 3) wie der Schaffung einer fairen und gleichgewichtigeren wirtschaftlichen und politischen Weltordnung, wozu es der intensiven gegenseitigen Unterstützung bedürfe. (ST, 4.2.04; XNA, 1.2., 2.2., 3.2.04; Xinhua, 2.2.04, nach BBC PF, 5.2.04) -kg-

## 9 Ressourcen und Märkte auch in Algerien

Anders als in Gabun boten sich Hu Jintao in Algerien, der letzten Station seiner Auslandsreise, mehr Anknüpfungspunkte aus der Vergangenheit der bilateralen Beziehungen. Immerhin hatte die VR China schon 1958 noch vor der eigentlichen Unabhängigkeit Algeriens die Übergangsregierung anerkannt und volle diplomatische Beziehungen zu ihr aufgenommen. Im Gegenzug waren es dann Algerien und Albanien, die den Antrag auf Übertragung des chinesischen UNO-Sitzes auf die Volksrepublik China beantragten.

Neben der Stärkung der politischen Zusammenarbeit im Hinblick auf die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Entwicklungsländer standen auch in Algerien bilaterale wirtschaftliche Belange im Vordergrund. Zwar konnte der zwischenstaatliche Handel über lange Jahre nur vergleichsweise mäßige Wachstumsraten verzeichnen, doch verdreifachte sich das bilaterale Handelsvolumen von 292 Mio. US\$ im Jahr 2001 auf nunmehr immerhin 745 Mio. US\$ im Jahr 2003. Algerien stellt dabei für China einen der wichtigsten Märkte im Rahmen von Bau- und Infrastrukturprojekten auf dem afrikanischen Kontinent dar, besitzt auf der anderen Seite für die energiehungrige Wirtschaft des nach den USA inzwischen zweitgrößten Importlandes von Erdöl nicht zuletzt Relevanz als Lieferant von Öl und Flüssiggas. Die Kooperation im Bereich der Erschließung von Erdöl- und Erdgasvorkommen soll denn nach dem Willen beider Länder ausgebaut werden. Ein Kooperationsvertrag zwischen der algerischen Sonatrach und der chinesischen China National Petroleum Corporation konnte denn auch im Beisein Hu Jintaos unterzeichnet werden.

Besonders willkommen ist der algerischen Regierung jedoch die Übernahme von Infrastrukturprojekten durch chinesische Bauunternehmen. Die bereits realisierten Projekte umfassen dabei den Eisenbahn-, Damm- und Straßenbau ebenso wie die Errichtung von Wohnungen. Zunehmend wird Algerien jedoch auch ein Absatzmarkt für im Rahmen der „Going Global“ Strategie chinesischer Hersteller von Haushaltsgeräten, Unterhaltungselek-

tronik und eher traditioneller Produkten wie Arzneimittel oder Textilien. (WSJ, 4.2.04; XNA, 3.2., 5.2.03) -kg-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 10 Berufung Bo Xilais zum Handelsminister

Anstelle des erkrankten Lü Fuyuan wurde Ende Februar Bo Xilai, der bisherige Gouverneur der Provinz Liaoning, zum Handelsminister berufen. Die offizielle Ernennung erfolgte auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses am 29. Februar.

Eine Ersetzung des 59-jährigen Lü Fuyuan war notwendig geworden, nachdem dieser seit Mitte des vergangenen Jahres seinen Amtsgeschäften wegen schwerer Krankheit kaum mehr nachgehen konnte und daher um seinen Rücktritt ersucht hatte. Lü Fuyuan war erst im März 2003 zum Leiter des damals neu gebildeten Handelsministeriums berufen worden. Als eine der Restrukturierungsmaßnahmen des X. Nationalen Volkskongresses waren die bis dahin für die Binnenwirtschaft zuständige Staatliche Kommission für Wirtschaft und Handel und das für die Außenwirtschaft zuständige Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Kooperation zusammengelgt worden – ein Schritt, der damit begründet wurde, dass mit dem Beitritt Chinas zur WTO eine entsprechende Aufteilung nicht mehr zeitgemäß sei. Von Lü Fuyuan war insbesondere erwartet worden, dass er die sich in der Übergangsperiode nach Chinas WTO-Beitritt ergebenden außenwirtschaftlichen Reibungen und Konflikte glätten würde (vgl. C.a., 2003/3, S.313-324). Diese und andere Herausforderungen im Amt eines „Superministers“ für Handel gehen nun auf Bo Xilai über.

Mit seiner Ernennung zum Handelsminister erklimmt der 54-jährige Bo Xilai eine weitere Stufe auf seiner politischen Karriereleiter, von der zahlreiche Kommentatoren annehmen, dass sie in Zukunft steil nach oben in wichtige zentralstaatliche Partei- und